



Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3086-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinbus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handeltitel) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 69, Kochstraße 27-28

10 Pf. - Nr 199 - B 98

DIENSTAG, 28. APRIL 1931

ABEND-AUSGABE . V

Hindenburg soll zurücktreten

Nationalsozialistische Herausforderung

Nicht erst in den letzten Monaten wird aus den Kreisen der „nationalen Opposition“, wie sich das von der Jugendbrigade-Allye geleitete Konglomerat von Parteien und Verbänden annäherungsweise bezeichnet, gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg offen und getarnt gearbeitet. Der erste Vorstoß erfolgte vom „Nationalen Volksbund“. Es folgten immer neue Stürme in der rechtsradikalen Presse. Jüngst hat dann Dr. Frick direkt die Forderung ausgesprochen, der Reichspräsident möge zurücktreten, da er keine Wähler mehr hinter sich habe. Oeffern hat sich die nationalsozialistische Reichspropaganda, die in München tagte, diese Forderung zurigen gemacht, und zwar nach einem Vortrag Adolf Hitlers.

In einer Erklärung gegen die jüngste Notverordnung wird der Reichspräsident aufgefordert, „entsprechend seiner beschworenen Pflicht die Grundrechte der Bevölkerung gegen Gesetzeshetze der parlamentarischen Mehrheitsfraktionen zu verteidigen oder zurückzutreten und den Schutz seiner ehemaligen Wähler zu einem neu zu bestimmenden nationalen Reichspräsidenten zu überlassen“.

„Also so weit sind wir glücklich, daß ein Mann wie Hindenburg zwischen den Zeilen als nicht national verdaulich wird. Das ist der Gipfel jener hysterischen Gerüchtung des politischen

Anhangsgefühls, deren Schrittmacher die alldeutschen und die wölfischen Kreise waren. Was gegenüber Oertel und Stresemann verübt wurde, was in der lästigen Agitation gegen alle gemäßigten, verantwortungsbewußten Parteien und Personen geschieht, was bei jeder Wahl an Verleumdung und Verhöhnung geleistet wird, was bei der Gleichschaltung des Ordnungsbilders, die Herstellung aller Andersdenkenden durch den Vorwurf der Vaterlandsfeindschaft geschehen, das wagen die Hitler und Frick jetzt auch dem ehrwürdigen Reichsoberhaupt anzutun. Es richten sich damit nur selbst.

Wird sie Hindenburg irgendeiner Beachtung würdigen? Als Mann der Ehre und Treue, dessen Persönlichkeit in der ganzen Welt die höchste Achtung genießt, hat er das nicht nötig. Aber vielleicht erfordert es das Interesse des Ganzen, daß einmal reiner Tisch gemacht wird. Wie steht es, wenn der Reichspräsident die Forderungsbildung entsprechend erwirbt und von den rechtsradikalen Stützenfäden an das Volk anlehnt? Was wäre es, wenn er die anmaßende Zumutung seines Rücktritts ernst nähme und sich zur sofortigen Wiederwahl stellte? Es würde sich dann zeigen, was das deutsche Volk hinter sich hat: Hitler oder Hindenburg.

Unfriedliche Wirtschaftspartei

Bericht der Vossischen Zeitung

HANNOVER, 28. APRIL.

Der Parteitag der Wirtschaftspartei in Hannover sollte dem Parteivorstand dienen. Man hat sich auch in vierstündigen vierstündigen Beratungen um diesen Frieden, wie es scheint von beiden Seiten, bemüht. Am Schluß aber, als bereits der Friede am lieb in aller Form verhandelt war (denn die eigentlichen Parteitagsergebnisse fanden hinter verschlossenen Türen statt), brach der Kampf von neuem aus und man ging in härteren Unfrieden auseinander, als man nach Hannover gekommen war.

Der persönliche Streit, um den es sich handelt, hat die Öffentlichkeit bereits über die Gebühr beschäftigt. Von Abgeordneten Collofer waren und werden förmliche persönliche Bormühe gegen den Parteivorstand in Bremen erhoben. Viele in der Partei meinen, daß Dremis sofort Strafbefehl hätte erheben müssen und bis zur Erledigung dieser Angelegenheit nicht hätte ausüben dürfen.

Im Parteivorstand, der am Freitag in Hannover zusammentrat, behandelte man die Opposition sehr von oben herab. Man wurde leicht mit ihr fertig gemacht. Sankelbe es sich doch im wesentlichen um die Mandamentierung, deren Haupt der Professor Dremis-Gieseler, man in der Woche vorher offiziell ausgeschlossen habe. Als dann der große Parteiausflug am Sonnabend zusammenfand, änderte sich die Situation. Man merkte doch wohl, daß die Sache für Dremis und seine Anhänger nicht so günstig stand; so entschloß sich der Parteivorstand um des Friedens willen zum Rückgeben. Dremis war mit einem Wahl nicht aus der Partei ausgeschlossen; es hatte aber ein Antrag auf Ausschuß vorgelegen, auf dessen Weiterverfolgung man verzichtete. Wehr, man ließ Dremis diese Entscheidung telegraphisch wissen und hat um sein Kommen nach Hannover. So ging man mit guten Hoffnungen der geschlossenen Parteifassung am Montag entgegen. Morgens um 9 Uhr begann man, abends um 10 Uhr ging man auseinander.

Man weiß, daß heftig gerungen worden ist. Der Parteivorstand behauptete aber, während die Stimmen um die Trennung des ersten Parteivorstandes ausgehört wurden, daß die Opposition sich dem Votum der Parteimehrheit fügen und seine Forderungen aus ihrer Riebrleihe ziehen würde. Als dann in heftiger Abendstunde das Ergebnis der Fassung mit der Wiederwahl von Dremis mitgeteilt wurde, seien, so wurde uns wenigstens versichert, die Einsicht der Opposition geteilt.

Da aber erfolgte, während viele stöhnlich aus dem Saal eilten, die Senktion, deren Wirkung auf die Führung etwas niederschmetternd war. Der Abgeordnete Kaiser-Dresden, der Hauptverantwortliche der Opposition, stellte erneut die Forderung: keine Amtsanweisung des oben wiedererwählten Abgeordneten Dremis, solange die gegen ihn erhobenen Bormühe nicht völlig widerlegt sind. Da sämtliche sich der Forderung des Vertreters des Führers: das heißt den Sinn der eben vollzogenen Maßnahme in der Gegenwart verkehren. Drohungen werden laut. Die Opposition steht aus. Während der Parteitag vor den Toren liegt, wird nicht mehr ins Zentrum der Stadt. Man wertet und mordert. Man telefoniert, man bittet, man droht; die Opposition setzt nicht zurück.

Einen Ausweg aus dem Streit, der nach dem völlig vergeblichen Parteitag in Hannover schärfer ausgeht ist als zuvor, sieht man vorläufig nicht. Am Vorabend ist die Dremisgruppe ganz unter sich. Man hat nur einen Welterheben für die Saachen, den Kern der Opposition, offen gehalten.

Es ist das Ergebnis des Parteitages von Hannover nach der persönlichen Seite für den Parteivorstand, insonderheit für den Parteivorstandenden Dremis, trotz der starken Mehrheit — 731 gegen 290 Stimmen —, die er auf sich vereinigen konnte, wenig günstig, so ist das Ergebnis nach der sachlich-politischen Seite gleich Null.

Man hatte für Sonntag eine öffentliche Kundgebung angesetzt, die die Richtlinien der Partei vorgelegt werden sollten. Der Abgeordnete Mollath, der Führer der Reichstagsfraktion, hielt das politische Hauptreferat. Die Wirtschaftspartei gehört zur „nationalen Opposition“ und vertritt es sich, daß Hitler und Hindenburg von dem „Auszug der nationalen Opposition aus dem Reichstag“ sprechen. Die „nationale Opposition“ ist durch die Wirtschaftspartei vertreten, die wohl mit dem Kabinett Heining hier und da au-

General Berenguer verhaftet

Wer wird Berliner Botschafter?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MADRID, 28. APRIL.

Der jetzige Ministerpräsident und letzte Diktator, General Berenguer, wurde gestern plötzlich verhaftet und in das Militärgefängnis eingekerkert, obwohl er gleich nach dem Umsturz der republikanischen Regierung den Eid geleistet hatte. Ihm folgten wegen der Erschießung der beiden an dem Stauffen von Jaca beteiligten Offiziere der Prozeß gemacht werden. Aus den gleichen Gründen wird auch General Heredia, der damals kommandierende General von Aragón war, ein Prozeßverfahren eröffnet. General Berenguer ernannte General Franco, den Bruder des bekannten Fliegens, zu seinem Reichsverweser.

Die Fassung eines Teils der deutschen Presse gegenüber der Nachricht, daß der spanische Generalissimo del Franco zum Reichsverweser in Berlin ernannt werden sollte, hat in Spanien stark verstimmt. Es wird als böswillige Erfindung bezeichnet, daß del Franco deutschfeindlich sei. Allerdings ist er ein Freund des republikanischen, nicht des kaiserlichen imperialistischen Deutschlands. Wie jetzt bekannt wird, wird del Franco voraussichtlich zum Botschafter in Buenos Aires ernannt werden. Man rednet damit, daß Professor Castro, der gegenwärtig an der Berliner

Universität doziert, den Berliner Botschafterposten erhalten wird. Professor Castro ist von der spanischen Regierung zu Befragungen nach Madrid gerufen worden.

Die spanische Öffentlichkeit zeigt sich sehr befreundet durch die Aufnahme, die König Alfonso in der französischen Öffentlichkeit gefunden hat. Dieses Verhalten wird als sehr „unrepublikanisch“ kritisiert. Einige Zeitungen geben den Franzosen den Rat, die letzten Alfonso zu ihrem König oder Kaiser auszurufen. Dann würden sie sehr bald sehen, mit wem sie es zu tun hätten.

Sehr viele Persönlichkeiten der ehemaligen Hofgesellschaft, die bisher als treue Monarchisten bekannt waren, befehlen sich jetzt, ihre republikanische Gesinnung zu betonen. Dazu gehören auch General Bourdon, ein naher Verwandter des Königs, und General Marzo, der Innenminister im Kabinett Berenguer, und zahllose andere. Man erzählt dadurch den Eindruck, als ob die Monarchie wenigstens wertlos unterstellt war, als die Öffentlichkeit vor dem Umsturz erkannt hatte.

Das Kabinett ist zur Zeit mit der Beratung der neuen Verfassung beschäftigt. Wie der spanische Unterrichtsminister, D. E. Los Rios, erklärte, werden Föderalismus, Trennung von Kirche und Staat, Agrarreform und Schaffung einer zweiten Kammer die Elemente der neuen Verfassung sein.

Die polnischen Aufständischen rüsten zur Feiern

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 28. APRIL.

In Polnisch-Schlesien rüsten man seit längerer Zeit bereits eifrig für die am 3. Mai stattfindenden Feiern anlässlich des 10. Jahrestages der Wiebetei des dritten polnischen Aufstandes. Die Feiern sind als Gegenmaßnahme zu den deutschen Feiern anlässlich des Abkommensabstages im März gedacht. Von sämtlichen beherrschenden Stellen wird mit Eifer darauf hingearbeitet, diese Feiern zu großen nationalen Kundgebungen zu machen.

Große Teile der Bevölkerung werden allerdings an den Feiern nicht teilnehmen. Es haben bereits sämtliche Oppositionsparteien, u. a. die Kampfpartei, ihre Teilnahme abgelehnt. Um so mehr ist man bemüht, für den 3. Mai Menschen heranzuziehen, welche die Eisenbahnverwaltung zahlreiche Gewerkschaften anlässlich und den Festteilnehmern kostenlose Verbesserung zusetzen wird. Die Militärbehörden gewähren sämtlichen An-

gehörigen Urlaub. Ein besonderer Eifer der Veranstaltung wird eine Gasette bilden, die von den neuerrückenden polnischen Polesen Obdingen nach Katowitz gelaufen wird. Diese Gasette soll dem polnischen Staatspräsidenten Bierkoffer aus Jelen Gafelhof überreichen.

Sacharin-Explosion

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MAGDEBURG, 28. APRIL.

In der Sacharinfabrik Fabberg, Elst u. Co. in Wagbeurg-Güßow ereignete sich heute gegen 11 Uhr eine furchtbare Explosion aus bisher noch unbekanntem Ursachen, und zwar in der chemischen Abteilung, wo Patronen zur Fertigung von Langpatronen hergestellt werden. Es sind sieben Tote zu beklagen, sechs Frauen und ein Mann. Zwei Arbeiter sind schwer, ein Arbeiter und ein Weiber leicht verletzt.